

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 30.06.2020

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:58 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Frau Ellen Hannebohn - SPD

Frau Antje Keller - CDU

bis 17.00 Uhr

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Dennis Scholze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP

bis 17.45 Uhr

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

bis 16.57 Uhr

Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig

bis 17.22 Uhr

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

bis 17.26 Uhr

Herr Felix Nordheim - CDU

bis 16.31 Uhr

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

bis 17.51 Uhr

Gäste

Herr Matthias Fricke – ALBA Braunschweig GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Klaus Benschmidt - FBL 66
Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65
Herr Andreas Piterek - StL 66.34
Herr Torsten Biering - Ref. 0300
Herr Timo Weichsler - StL 66.51

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P² entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.02.2020 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2020 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2019 20-13452
 - 4.2 Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 11.05.2020 20-13454
 - 4.3 Sachstand Mobilitäts-App, Fahrplanauskunft und E-Ticketing 20-13671
 - 4.4 Bauzeitenverschiebung BV GS Lehndorf, Einrichtung Ganztagsbetrieb 20-13649
 - 4.5 Mündliche Mitteilungen
- 5 Anträge
 - 5.1 Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! 20-13696
 - 5.1.1 Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! 20-13696-01
- 6 Sanierung/Erweiterung des Gemeinschaftshauses Rautheim; 20-13498

Raumprogramm

| | | |
|--------|---|-------------|
| 7 | Beschluss über den Jahresabschluss 2018 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 20-13548 |
| 8 | GS Altmühlstraße, Sanierung Fassaden, Dach und Toiletten Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 20-13416 |
| 9 | GS Mascheroder Holz, Brandschutzsanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 20-13536 |
| 10 | Errichtung von Erweiterungsbauten für die Gymnasien Ricarda-Huch-Schule und Neue Oberschule Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen | 20-13632 |
| 11 | Kostenfeststellung Neubau der Sidonienbrücke | 20-13605 |
| 12 | Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag | 20-13613 |
| 13 | Anfragen | |
| 13.1 | Fahrradabstellanlagen im Rathaus-Innenhof | 20-13694 |
| 13.1.1 | Fahrradabstellanlagen im Rathaus-Innenhof | 20-13694-01 |
| 13.2 | Parken in Kreuzungsbereichen und Einmündungen nach der aktuellen StVO | 20-13733 |
| 13.2.1 | Parken in Kreuzungsbereichen und Einmündungen nach der aktuellen StVO | 20-13733-01 |
| 13.3 | Nutzungskonflikte Kreuzstraße | 20-13677 |
| 13.3.1 | Nutzungskonflikte Kreuzstraße | 20-13677-01 |
| 13.4 | Mündliche Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt den für das Dezernat für Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbau verantwortlichen neuen Stadtrat Holger Herlitschke.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.02.2020 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2020 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.1. Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2019 20-13452

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 11.05.2020 20-13454

Auf Nachfrage von Ratsfrau Keller zu dem unter dem Punkt Awiko – Fortschreibung 2021 – 2025 genannten und bereits im letzten Awiko angekündigten Praxisversuch erklärt Herr Benschmidt, dass sich das neue Awiko in Vorbereitung befindet. Über die Details wird die Verwaltung den Bauausschuss in seiner Sitzung im September informieren.

Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass es sich beim Abfallwirtschaftskonzept um ein Strategiepapier handelt. Im Awiko wird u.a. eine Bilanz über das Erreichte dargestellt, das aus seiner Sicht einem guten Standard entspricht. Über den Stand des Umsetzungsgrades kann bei Vorlage des Awiko zur nächsten Sitzung des Bauausschusses diskutiert werden.

Bürgermitglied Steinert thematisiert die Angaben zu den in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigenden Verunreinigungen. Herr Fricke verweist hierzu auf das offenbar nachlassende Hemmnis, Abfälle unzulässig im öffentlichen Raum zu entsorgen. Sofern Hinweise auf die verursachende Person vorliegen (z. B. Kfz-Kennzeichen), werden diese zur Verfolgung weitergegeben.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Sachstand Mobilitäts-App, Fahrplanauskunft und E-Ticketing 20-13671

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Bauzeitenverschiebung BV GS Lehndorf, Einrichtung Ganztagsbetrieb 20-13649

Ratsfrau Keller verweist auf weitere Bauvorhaben an anderen Grund- und weiterführenden Schulen und fragt, ob es auch dort zu zeitlichen Verzögerungen aufgrund der Corona-Pandemie kommt und ob diese Verzögerungen Auswirkungen auf die Deckung des Raumbedarfs nach den Schulferien haben werden. Stadtrat Herlitschke erklärt, dass die Corona-Pan-

demie auf die Zeitpläne unterschiedliche Auswirkungen genommen hat. Neben Verzögerungen konnten auch Beschleunigungen festgestellt werden, da durch die Schulschließungen Baufreiheit herrschte. Herr Eckermann ergänzt Informationen zu den Sachständen einzelner Schulen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Mündliche Mitteilungen

4.5.1

Auf Hinweis von Ratsfrau Jalyschko in der BA-Sitzung am 10. März 2020 zu einem möglichen Funktionsfehler einer Fahrradampel im Bereich Salzdahlumer Straße/Fichtengrund erklärt Herr Benseid, dass die Detektoren um Radardetektoren ergänzt wurden. Auch andere Anlagen mit gleicher Technik wurden überprüft und die Detektoren ausgetauscht bzw. ergänzt.

4.5.2

In der BA-Sitzung am 3. September 2019 bat Ratsherr Kühn, zur besseren Orientierung an der Einmündung Ringgleis / Ernst-Amme-Straße eine Straßennamen-Beschilderung aufstellen zu lassen. Herr Benseid informiert über die Aufstellung der Beschilderung.

4.5.3

Bürgermitglied Nordheim hatte in der BA-Sitzung am 29. Oktober 2019 die nur abschnittweise und nicht vollständig ausgeführte Erneuerung des Radwegs entlang der Stettinstraße hinterfragt. Herr Benseid verweist auf die der Verwaltung jährlich zur Sanierung von Radwegen nur beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel und erläutert die Kriterien zur Auswahl der zu sanierenden Radwege und den Umfang der Arbeiten.

4.5.4

Ratsherr Manlik berichtete in der Sitzung des Bauausschusses am 29. Oktober 2019 über zahlreiche an der Franz-Liszt-Straße abgestellte Wohnwagen, durch die wegen fehlender Ausweichmöglichkeiten Beeinträchtigungen bei Begegnungsverkehren entstehen. Herr Benseid informiert über die zu unterschiedlichen Tagen und Zeiten durchgeführten Kontrollen vor Ort. Die beobachtete Situation stellt sich aus Sicht der Verwaltung als in einer Tempo 30-Zone vertretbar dar. Es besteht daher kein zwingendes Erfordernis zur Anordnung von Parkbeschränkungen.

4.5.5

Ratsherr Manlik machte in der Sitzung des Bauausschusses am 3. Dezember 2019 auf Fahrzeuge aufmerksam, die am Bienroder Weg im Bereich des ehemaligen Nordbades auf der fahrbahnabgewandten Seite der Poller abgestellt werden und so die Sicht der aus dem Grundstück Fahrenden auf querende Fahrzeuge einschränken. Herr Benseid berichtet über die zwischenzeitlich gesetzten Findlinge, die ein weiteres Parken verhindern sollen. Das Wurzelwerk der Bäume wird zusätzlich vor einem Überfahren durch Kraftfahrzeuge geschützt.

4.5.6

In der BA-Sitzung am 10. März 2020 machte Herr Kamphenkel darauf aufmerksam, dass im neu ausgebauten Kreuzungsbereich Salzdahlumer Straße/Fichtengrund ein Straßenablaufdeckel so eingesetzt wurde, dass Radfahrende oder Rollstuhlnutzende mit den Rädern stecken bleiben können. Herr Benseid informiert über den geänderten Einsatz des Deckels.

4.5.7

Ratsherr Kühn wies in der BA-Sitzung am 10. März 2020 darauf hin, dass an der Anschlussstelle BS-Südstadt auf der mittleren Fahrspur der südlichen Abfahrtsrampe von der A39 auf die Salzdahlumer Straße eine fehlende Pfeilmarkierung zu Irritationen der Verkehrsteilnehmenden führt. Herr Benseid erklärt, dass die Straßenverkehrsordnung einen „Drei-Richtungs-Pfeil“ nicht vorsieht. Hinweise auf eine konkrete Gefahrenstelle oder Unfälle liegen der Verwaltung bislang nicht vor. Zur Unterstützung eines konfliktfreien Rechtsabbiegens wird

die Verwaltung jedoch im Abbiege- und Kurvenbereich eine unterbrochene Führungslinie als Trennlinie zwischen den beiden Rechtabbiegestreifen markieren.

5. Anträge

5.1. Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen!

20-13696

Ratsherr Köster bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Er bittet bezüglich der vorgesehenen Schulsanierung in Eigenerledigung zur Klarstellung um Aufnahme folgender Protokollnotiz:

Protokollnotiz: „Es wird erwartet, dass die in der Stellungnahme zum Antrag genannten Zeiten für die Sanierungen der Gymnasien Wilhelm-Gymnasium und Martino-Katharineum, der Realschule John-F.-Kennedy-Platz und der Grundschule Röhme eingehalten werden und keine neuerlichen Verschiebungen erfolgen.“

Ratsherr Rosenbaum sieht den Antrag kritisch und erachtet ihn aufgrund der aktuellen Baukonjunktur als wenig zielführend. Er wird dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion die Erwartung, dass die im Haushalt enthaltenen Planungen zügig bearbeitet und bereits begonnene Sanierungen nicht weiter verzögert werden. Er bringt folgenden mündlichen Änderungsantrag ein:

Absatz 2

Die Verwaltung leitet alternativ ergänzend zu den bereits vorgesehenen Neubauten in alternativer Beschaffung auch ein Projekt für die verlässliche Sanierung von mindestens vier Schulen in alternativer Beschaffung ein. Die Auswahl dieser Schulen erfolgt nach fachlichen Kriterien.

Absatz 3

Die Auswahl der betreffenden Schulen ist schnellstmöglich vorzunehmen, die Sanierungen sind dann durchgängig durchzuführen. Bis zum jeweiligen Beschluss ermittelt die Verwaltung, ob die Sanierung über PPP oder durch einen erweiterten Totalunternehmer erfolgen soll. Die Baumaßnahmen beinhalten neben der Sanierung auch alle baulich notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalisierung und - so noch nicht geschehen - der Ganztagsbetreuung.

Ratsherr Sommerfeld weist auf das Schrifterfordernis eines Änderungsantrags hin, das dem Schutz des Gremiums dient. Er bittet ferner, über den ersten Absatz sowie die Absätze 2 und 3 getrennt abzustimmen.

Ratsherr Rosenbaum kritisiert, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht ordnungsgemäß eingebracht wurde.

Ratsfrau Keller weist auf den im Schulausschuss von Eltern und Lehrkräften regelmäßig beklagten Stau der Sanierungsmaßnahmen hin. Wegen der hohen Arbeitsbelastung der Bauverwaltung spricht aus ihrer Sicht nichts gegen eine Fremdvergabe.

Ratsfrau Jalyschko hält den Vorschlag der CDU-Fraktion für nicht zielführend. Ursächlich für den Sanierungsstau ist, dass die Bauverwaltung nicht so aufgestellt ist, wie der Investitionsbedarf dies erfordert. Zusätzliche PPP-Projekte könnten dieses Problem nicht beseitigen. Hinsichtlich des mündlich formulierten Änderungsantrags der SPD-Fraktion bittet sie für künftige Fälle um eine Tischvorlage. Der Antrag der CDU-Fraktion sowie der mündlich eingebrachte Änderungsantrag der SPD-Fraktion werden von ihr abgelehnt.

Stadtrat Herlitschke erläutert die Mitteilung der Verwaltung. Unter Verweis auf das bei der Organisationsuntersuchung ermittelte und bislang nur reduzierte Personaldefizit und die Änderung der Organisationsstruktur bittet er um Verständnis für den andauernden Transforma-

tionsprozess in der Bauverwaltung. Er gibt zu bedenken, dass für die bei einem PPP-Projekt erforderliche Voruntersuchung Fachkräfte von anderen Projekten abgezogen werden müssten. Stadtrat Herlitschke zeigt sich zudem skeptisch, große Bauvorhaben in PPP-Projekten zu realisieren, da der Bauverwaltung dadurch droht, die Kompetenz bei Großprojekten zu verlieren. Die Bauverwaltung muss nach seinem Dafürhalten so aufgebaut werden, dass sie schlagkräftig genug ist, um große Baumaßnahmen selbst umzusetzen. Einen Beschluss des Antrags mit sofortigem Umsetzungsauftrag erachtet er als kontraproduktiv.

Ratsherr Köster erklärt, dass der von der Verwaltung in ihrer Mitteilung genannte Zeitrahmen akzeptabel ist.

Er erklärt weiterhin, dass die CDU-Fraktion die von Ratsherr Kühn mündlich eingebrachten Änderungen übernimmt und lässt sodann getrennt nach den Absätzen 1 sowie 2 und 3 abstimmen.

Beschluss:

Der Beschluss des Antrages "Neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen" (FU 036 zum Haushalt 2017) wird aufgehoben.

Die Verwaltung leitet alternativ **ergänzend zu den bereits vorgesehenen Neubauten in alternativer Beschaffung auch ein Projekt für die verlässliche Sanierung von mindestens vier Schulen in alternativer Beschaffung ein. Die Auswahl dieser Schulen erfolgt nach fachlichen Kriterien** in einem 1. Projekt für vier Schulen die verlässliche Sanierung mittels alternativer Beschaffung ein. Deren Auswahl erfolgt aufgrund fachlicher Kriterien (idealerweise sind dies das Wilhelm-Gymnasium, das Gymnasium Martino-Katharineum, die Realschule John-F.-Kennedy und die Grundschule Rühme als diejenigen Schulen, die in den letzten Haushalten stets nach hinten geschoben wurden).

Die Auswahl der betreffenden Schulen ist schnellstmöglich vorzunehmen, die Sanierungen sind dann durchgängig durchzuführen. Bis zum jeweiligen Beschluss ermittelt die Verwaltung, ob die Sanierung über PPP oder durch einen erweiterten Totalunternehmer erfolgen soll. Die Baumaßnahmen beinhalten neben der Sanierung auch alle **baulich** notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalisierung und - so noch nicht geschehen - der Ganztagsbetreuung.

Abstimmungsergebnis: (Empfehlung an VA und Rat)

Über den Antrag in der geänderten Fassung wird getrennt abgestimmt:

1. Absatz (Aufhebung des PPP-Antrags)
dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

2. + 3. Absatz (in der geänderten Fassung)
dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

5.1.1. Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! 20-13696-01

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Antrag DS 20-13696 (TOP 5.1).

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6. Sanierung/Erweiterung des Gemeinschaftshauses Rautheim; 20-13498 Raumprogramm

Auf Nachfrage von Ratsherr Sommerfeld bestätigt Frau Schimanski-Zurek, dass der Betrag von 400.000 Euro in der Gesamtkostenschätzung von 595.000 Euro enthalten ist. Die Mittel müssen bis 2026 abgerufen werden.

9. GS Mascheroder Holz, Brandschutzsanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

20-13536

Ratsherr Rosenbaum hinterfragt die Begründung, dass keine Maßnahmen für regenerativen Energien umgesetzt werden, da es sich nur um Brandschutzmaßnahmen handelt.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt um 16:13 Uhr die Sitzung.

Herr Eckermann stellt klar, dass die Verwaltung grundsätzlich bestrebt ist, bei Bauvorhaben Techniken für regenerative Energien umzusetzen, wenn sich dies bei der Maßnahmenart verbinden lässt und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Kopplung sinnvoll erscheint. Bei dieser Brandschutzsanierung werden allerdings ausschließlich Bypässe für bauliche Rettungswege, Brandmeldeanlagen und Ertüchtigungen von Brandschutztüren umgesetzt. Regenerative Energien lassen sich bei dieser Maßnahme nicht integrieren. Sinnvoll wäre dies u.a. beim Austausch eines Daches zur Realisierung einer PV-Anlagen, beim Austausch einer abgängigen Heizungsanlage oder einer vollständigen Gebäudesanierung, wie diese Züge des Schulsanierungsprogramms durchgeführt wird.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß dem Plan vom 26.02.2020 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement - und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 27.02.2020 auf 879.500 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis: (Empfehlung an den VA)

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Errichtung von Erweiterungsbauten für die Gymnasien Ricarda-Huch-Schule und Neue Oberschule Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen

20-13632

Stadtrat Herlitschke erläutert die Vorlage. Der Erweiterungsbau soll dem bereits mit Betrieb und Sanierung der Schulen beauftragten PPP-Partner übertragen werden. Würde der Anbau einem anderen Partner übertragen, könnten insbesondere beim Betrieb mögliche problembehaftete Schnittstellen entstehen.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik nimmt ab 16:17 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Rosenbaum verweist auf seinen Hinweis zum Zeitpunkt des Beschlusses über das PPP-Modell für alle Schulen, dass jegliche spätere Änderung an den betreffenden Schulen Abstimmungsbedarfe mit diesen privaten Partnern zur Folge haben wird. Sofern eine weitere Firma mit Arbeiten beauftragt wird, bedarf es einer Klärung der Gewährleistungsfrage mit dem ersten Auftragsnehmer. Die hier entstandene „Zwangsjacke“ war absehbar.

Für Ratsherr Sommerfeld ist dies nicht das Hauptargument für die Weiterführung der PPP-Verfahren. In der Vorlage führt die Verwaltung selbst als Begründung an, dass die Kapazitäten in der Bauverwaltung derzeit nicht vorhanden sind, um die Projekte in der erforderlichen Zeit realisieren zu können. Er bittet um Darstellung bis zur VA-Sitzung am 7. Juli 2020, wie viele Gutachten resp. Gutachter in den letzten zehn Jahren nur für die Hochbauverwaltung mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochbauverwaltung erstellt bzw. beauftragt wurden. Stadtrat Herlitschke sagt dies zu.

Stadtrat Herlitschke bittet aber auch anzuerkennen, dass bis zum letzten Gutachten noch nie zuvor die personelle Unterdeckung und die interne Organisation untersucht wurden. Die Hochbauverwaltung befindet sich in einem Umsetzungsprozess, der Zeit benötigt. Ursächlich für die Angliederung an das bestehende PPP-Projekt ist im Wesentlichen die Schnittstellenproblematik.

Beschluss:

Die Vergabe, die Errichtung und der anschließende Betrieb des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule sowie des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Neue Oberschule, werden auf Grundlage des bestehenden PPP-Vertrags mit der Hochtief PPP Schulpartner Braunschweig GmbH folgend der nachstehenden Begründung vorbereitet.

Die Vergabe erfolgt, wenn die Wirtschaftlichkeit des Angebotes nachgewiesen werden kann, durch einen separaten Gremienbeschluss.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 2

11. Kostenfeststellung Neubau der Sidonienbrücke

20-13605

Ratsherr Rosenbaum kritisiert, dass die Verwaltung die Kostenfeststellung zum Neubau der Sidonienbrücke zur Beschlussfassung vorlegt, obgleich die inhaltliche Diskussion zur Planung der Brücke in den Gremien noch nicht geführt wurde. Er bittet, die Vorlage zurückzustellen, bis Klarheit über die Planung der Brücke herrscht.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass der Beschluss unter dem Vorbehalt des Ratsbeschlusses zur Planung der Sidonienbrücke steht. Die nächste Gremienschiene steht erst im September an, sodass ein Zurückstellen des Beschlusses einen Zeitverlust von etwa zwei Monaten bedeutet.

Ratsherr Sommerfeld regt zur Klarstellung an, den Beschlusstext um den Zusatz „vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über die Planung der Sidonienbrücke“ zu ergänzen.

Herr Piterek bestätigt auf Nachfrage von Ratsherr Kühn, dass die Verbreiterung der Brücke von 4 m auf 4,6 m in der Kostenberechnung bereits Berücksichtigung gefunden hat.

Beschluss:

Die Kosten für das Projekt „Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall“ werden **vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über die Planung der Sidonienbrücke** auf 1.720.000 € brutto festgestellt."

Abstimmungsergebnis: (Empfehlung an den VA)

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

12. Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag

20-13613

Stadtbaurat Leuer führt unter Bezugnahme auf die dem Bauausschuss zur Sitzung am 4. Februar 2020 von der Verwaltung vorgelegte Mitteilung DS 20-12559 in die Vorlage ein. Als wesentliche Ziele der Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag hebt er den Substanzerhalt des Netzes und eine geringstmögliche Gebührenerhöhung hervor.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage. Auf seine Nachfragen erläutert Herr Benscheidt, dass noch nicht für alle Abwasseranlagen Zustandsdaten vorliegen, da eine Kamerabefahrung technisch nicht in allen Bereichen möglich ist oder es sich z. B. um Pumpwerke handelte.

Zur Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union informiert Herr Biering, dass nach Ratsbeschluss über die Änderung des ursprünglichen Vertrages die Veröffentlichung im Amtsblatt vorgenommen wird. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung im Amtsblatt läuft die Frist von 30 Tagen. Im Anschluss daran kann der Vertrag unterzeichnet werden.

Herr Weichsler legt dar, dass die neue Kalkulation des Entgeltes für die Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung auf einer Kostendeckungsbasis liegt. Die SE|BS hat nachgewiesen, dass kein Mehrgewinn generiert wird. Der Kostenrahmen liegt künftig in etwa auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen.

Auf Nachfragen von Ratsherr Rosenbaum erklärt Stadtbaurat Leuer, dass ein Substanzwert von etwa 0,5 im Vergleich mit den Kanalnetzen anderer Kommunen als gut bezeichnet werden kann. Durch die erhöhte Investition soll der gute Zustand erhalten und leicht verbessert werden. Mit dem Inliner-Verfahren werden alle wirtschaftlich sinnvollen Mittel ausgeschöpft, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.

Herr Dr. Niehoff verdeutlicht ergänzend, dass die Gebührenzahler bisher die Investitionen mit ihren Abschreibungen und Zinsen getragen haben und dies auch in Zukunft bis zum Ende des Vertrages werden. Gebührenerhöhungen kommen zustande, wenn noch weitere Investitionen vorgenommen werden. Er ist sich sicher, dass auch am Ende dieser Laufzeit des Vertrages weiterhin in der richtigen Größenordnung saniert wird. Auch dies wird entsprechende Gebührenerhöhungen nach sich ziehen. Nicht jedoch die hier vorgelegte Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag.

Herr Benscheidt stellt klar, dass die direkt bei der Stadt gebuchten Investitionen noch nicht Gegenstand dieser Vereinbarung ist und sich derzeit in Vorbereitung befindet.

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller verlässt um 17:00 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Scherf befürwortet das Inliner-Verfahren, wenn sich dies als wirtschaftlich darstellt. Aufgrund der deutlichen Erhöhung der Investitionskosten von über 100 Prozent trotz Inliner-Verfahren und einer Gebührenerhöhung von 1 Prozent bittet er um Erläuterung der Gründe.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader verlässt um 17:01 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer verweist hierzu auf die im Wesentlichen ursächliche Kostenentwicklung. Während der mittlere Preis für die Sanierung eines Kanalmeters derzeit mehr als dreimal so hoch liegt wie bei Vertragsbeginn, ist der Baupreisindex in der gleichen Zeit nur um rund 45 % gestiegen. Zu berücksichtigen ist auch, welcher Anteil ins Netz fließt und sich auf die Investitionsrate auswirkt. Der Bau eines Pumpwerks hat keinen Effekt auf die Investitionsrate, stellt aber eine bedeutende Investition in die Abwasseranlagen in Braunschweig dar.

Ratsherr Sommerfeld führt als Hauptproblem an, was sich seit dem Gutachten aus dem Jahr 2016 abgezeichnet hat: Die Gebühren erhöhen sich deutlich bei gleichzeitig sinkendem Standard. Dass die Verwaltung eine Sanierungsrate von 1,1 Prozent anstrebt ist falsch. Ausweislich der Privatisierungsverträge von 2005 wird eine Sanierungsrate von 1,25 Prozent angestrebt. Die genannten 1,1 Prozent stellen lediglich den Mindestwert dar, der in der Vergangenheit nie erreicht wurde, weil keine entsprechenden Kontrollen erfolgten.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader nimmt ab 17:07 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Für Stadtbaurat Leuer sind die Effekte ausschlaggebend, die mit den durchzuführenden Baumaßnahmen erzielt werden und wie sich diese wirtschaftlich auswirken. Er ist der Auffassung, dass die Größenordnung der Investition die Chance gibt, die Sanierungsrate von 1,1

Prozent zu erreichen. Die angestrebte Rate von 1,1 Prozent wird zur Erreichung des Substanzwertes von 0,5 Prozent als richtig eingeschätzt. Eine Überschreitung der 0,5 Prozent würde zu einer Unwirtschaftlichkeit führen, die in der Konsequenz bei einer weiteren Verbesserung des Substanzwertes zu einer Verjüngung noch nicht abgeschriebener Kanäle führt. Dies erscheint nicht sinnvoll, weshalb die Verwaltung die vorgeschlagene Investition empfiehlt. Die im Vertrag vereinbarte Überprüfungsklausel ermöglicht eine Anpassung im Rahmen der Kostenentwicklung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Sommerfeld zum Entgelt „Optimierung Betrieb der AVB Anlagen“ erläutert Stadtbaurat Leuer, dass es sich hierbei um keine pauschale Zahlung an die SE|BS handelte. Die Optimierungsentgelte sind angewachsen durch Optimierungsmaßnahmen, die die SE|BS vorgenommen und von denen auch die Stadt profitiert hat. Dieses Betriebsentgelt entfällt künftig.

Zum Substanzwert des Abwassernetzes erklärt Stadtbaurat Leuer, dass dieser von Experten ermittelt wurde. Das Vertragserfüllungsgutachten ist so angelegt, dass dieses gemeinsam von Stadt und SE|BS bezahlt und gemeinsam beauftragt wird. Die von Stadtbaurat Leuer intensiver begleiteten Vertragserfüllungsgutachten lieferten objektive Ergebnisse.

Ratsherr Köster fragt, ob sich die Vorgehensweise der Verwaltung im Falle einer Eigenerledigung im Vergleich zur Privatisierung unterscheidet. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass eine Kompensation der in den letzten Jahren entstandenen Kostenentwicklung mit dem Ziel, den Zustand des Kanalnetzes zu erhalten, unabhängig von einer Vertragskonstellation oder Eigenerledigung erfolgt.

Stadtbaurat Leuer und Herr Dr. Niehoff bestätigen auf Nachfrage von Ratsherr Kühn vorab geführte Gespräche mit der Kommunalaufsicht des Niedersächsischen Innenministeriums über die Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung.

Ratsherr Rosenbaum bittet, zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 2. Juli 2020 die bisherigen Investitionskosten, die seit 2006 bis jetzt aufgelaufen sind, in einer tabellarischen Darstellung aufzubereiten. Herr Dr. Niehoff sagt dazu eine Ergänzungsvorlage zu.

Beschluss:

„Der als Anlage beigefügten Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zu dem Abwasserentsorgungsvertrag (AEV) vom 23. Dezember 2005 zwischen der Stadt Braunschweig und der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH sowie der Veolia Deutschland GmbH wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: (Empfehlung an VA und Rat)

dafür: 7 dagegen: 1 Enthaltungen: 2

13. Anfragen

13.1. Fahrradabstellanlagen im Rathaus-Innenhof

20-13694

Ratsherr Köster bringt die Anfrage der CDU-Fraktion ein.

13.1.1. Fahrradabstellanlagen im Rathaus-Innenhof

20-13694-01

Stadtrat Herlitschke beantwortet die Anfrage.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze verlässt um 17:26 Uhr die Sitzung.

Einzelne Nachfragen werden beantwortet.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze nimmt ab 17:35 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Die Stellungnahme 20-13694-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.2. Parken in Kreuzungsbereichen und Einmündungen nach der aktuellen StVO **20-13733**

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein.

13.2.1. Parken in Kreuzungsbereichen und Einmündungen nach der aktuellen StVO **20-13733-01**

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 17:41 Uhr die Sitzung.

Die Stellungnahme 20-13733-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.3. Nutzungskonflikte Kreuzstraße **20-13677**

Ratsherr Rosenbaum bringt die Anfrage der BIBS-Fraktion ein.

13.3.1. Nutzungskonflikte Kreuzstraße **20-13677-01**

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 17:45 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Die Stellungnahme 20-13677-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.4. Mündliche Anfragen

TOP 13.4.1

Bürgermitglied Steinert bittet um Auskunft zur Zukunft des Nahversorgungszentrums in Kra-lenriede und konkreten Plänen der Verwaltung zur weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes Steinriedendamm 15. Ratsherr Köster bittet unter Verweis auf die Zuständigkeitsregelungen für die Fachausschüsse in der Hauptsatzung, die Anfrage im Planungs- und Umweltausschuss vorzutragen.

TOP 13.4.2

Auf Nachfrage von Ratsherr Rosenbaum bestätigt Herr Eckermann, dass die Stromverbräuche im Lessinggymnasium ausgesprochen hoch sind. Dies ist u.a. auf den sehr hohen Technologisierungsgrad der Schule sowie der mit Strom beheizten temporär aufgestellten Unterrichtscontainer zurückzuführen. Die Dächer des Lessinggymnasiums können als Gründächer ausgebaut werden. Zunächst bleibt jedoch noch der Ausgang eines Rechtsstreits mit einem Bauunternehmen abzuwarten. Zum weiteren Ausbau der PV-Anlage auf städtischen Gebäuden ist auch das Lessinggymnasium im Fokus. Die Verwaltung prüft, ob auf der etwa 450 qm Dachfläche der Sporthalle PV-Module aufgebaut werden können.

TOP 13.4.3

Ratsherr Sommerfeld erinnert an die Mitteilung der Verwaltung zur Beschilderung der Fußgängerzonen (DS 19-10729) in der Sitzung des Bauausschusses vom 29. Oktober 2019 und fragt erneut nach dem Zeitpunkt der angekündigten Änderung der Beschilderung. Herr Benschmidt berichtet, dass sich die Arbeiten in der Umsetzung befinden und zwischenzeitlich etwa ein Viertel der Schilder an den insgesamt 67 Standorten ausgetauscht werden konnten.

TOP 13.4.4

Bürgermitglied Pohler fragt, ob seitens der Verwaltung eine Erprobung Digitaler Straßenlaternen, sog. Smart Poles, beabsichtigt ist. Herr Benschmidt erläutert die technischen Gründe, die einer Umsetzung in Braunschweig entgegenstehen. Die Verwaltung befindet sich allerdings in engem Austausch mit KOM|DIA (Digitalisierungsagentur von BS|ENERGY), die im Stadtgebiet verschiedene Technologien auszubauen beabsichtigt und dazu die Nutzung der städtischen Infrastruktur angefragt hat.

TOP 13.4.5

Ratsherr Kühn bittet, die Vorlage GS Mascheroder Holz, Brandschutzsanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss (DS 20-13536) dem StBezR 213 als Mitteilung zu übermitteln.

Die Sitzung endet um 17:58 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
- Schriftführung -